

Beschluss (vorläufig)

## **Das Regime in Syrien international isolieren – Die syrische Opposition unterstützen**

Der über acht Monate alte Aufstand in Syrien hat eine dramatische Lage geschaffen, die dringend ein einheitliches internationales Vorgehen erfordert.

Das syrische Regime hat mit großer Brutalität auf die seit März 2011 stattfindenden Proteste im Land reagiert. Durch das brutale Vorgehen des Militärs und der sogenannten Sicherheitsdienste sind nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen, etwa der Organisation Avaaz, inzwischen mindestens über 6.000 Menschen getötet worden, zehntausende Menschen wurden verletzt und sind geflohen, 40.000 sind in Gefangenschaft und werden gefoltert.

Die internationale Staatengemeinschaft hat bislang versagt. So ist der UN-Sicherheitsrat bis heute nicht in der Lage, die schweren Menschenrechtsverbrechen des Assad Regimes zu verurteilen und gezielte Sanktionen zu verhängen. Das Regime Assad muss international politisch isoliert werden.

Der UN-Sicherheitsrat wurde aber bisher durch das Veto von Russland und China daran gehindert, klar gegen das Vorgehen des Regimes Stellung zu beziehen und etwa die Befassung des Internationalen Strafgerichtshof einzuleiten. Die EU hat zwar inzwischen umfangreiche Sanktionen gegen Syrien beschlossen, allerdings mit fast sechsmonatiger Verzögerung. Die Arabische Liga hat sich immerhin inzwischen zu einer Suspendierung der Mitgliedschaft Syriens durchringen können. Leider hat auch sie Sanktionen bisher nur angedroht.

### **International für eine Ächtung des Assad-Regimes und scharfe Sanktionen einsetzen**

Für uns Grüne ist klar, dass es in Syrien keine Zukunft mit dem Assad-Regime und seiner Baath-Partei gibt. Bashar al-Assad muss zurücktreten und sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof für seine Taten verantworten. Das gleiche gilt für die anderen Mitglieder seines Regimes. Nur eine vollständige Ablösung des Regimes kann den Weg für eine demokratische Erneuerung des Landes ebnen. Diese muss mit einem nationalen Aussöhnungsprozess beginnen.“

Im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Außenpolitik muss sich die Bundesregierung noch stärker im VN-Sicherheitsrat und vor allem in Verhandlungen mit Russland und China für eine Verurteilung der schweren Menschenrechtsverletzungen einsetzen. Gezielte Sanktionen, wie etwa das Einfrieren von Konten und Vermögenswerten sowie Reisebeschränkungen gegen Assad und seine Unterstützer müssen auch auf VN-Ebene beschlossen werden.

In Deutschland muss die Bundesregierung der Firma Siemens deutlich machen, dass eine Fortsetzung der Vertragsverhandlungen für den Bau eines Gaskraftwerkes im Wert von 305 Millionen Euro nicht gewünscht ist, solange sich das Assad-Regime an der Macht hält.

## **Die syrische Opposition wirkungsvoll unterstützen**

Je länger das Assad-Regime an der Macht bleibt, desto mehr droht ein Bürgerkrieg in Syrien. Die internationale Staatengemeinschaft muss daher dringend alles dafür tun, damit das Regime Assad endlich international politisch isoliert wird und abtritt.

Wir Grüne fordern die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Außenpolitik dafür einzusetzen, die syrische Opposition u.a. durch finanzielle Hilfe, Beratung, Mediationsangebote und Reiseerleichterungen sowie der Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten als Ansprechpartner zu stärken. Insbesondere sollen die Bundesregierung und die EU in Aussicht stellen, den Syrischen Nationalrat als legitime Vertretung der syrischen Opposition anzuerkennen, falls dieser eine umfassendere Repräsentanz zügig garantiert und seine Konzepte für einen Transformationsprozess und für eine Demokratisierung weiter entwickelt.

## **Abschiebungen nach Syrien stoppen und syrische Flüchtlinge aufnehmen**

Angesichts der fortwährenden schweren Menschenrechtsverletzungen fordern wir Grüne die Bundesregierung auf, Abschiebungen nach Syrien sofort zu stoppen. Das deutsch-syrische Rückübernahmeabkommen muss unverzüglich aufgekündigt werden. Der bestehende Einstellungsstopp für Asyl- und Asylfolgeanträge von syrischen Staatsangehörigen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlingen muss aufgehoben und Anträge dieses Personenkreises der Menschenrechtssituation in Syrien angemessen entschieden werden.

In Zusammenarbeit vor allem mit den anderen EU-Staaten und der Türkei muss die Bundesregierung ein Programm der Aufnahme und Unterstützung von syrischen Überläufern auflegen, unabhängig davon, ob sie aus dem Bereich der Politik, des Militärs oder der Kunst kommen.